

## Sozialabbau und Aufrüstung

Sevim Dagdelen, MdB  
Partei DIE LINKE

**Unter dem Motto »Den Frieden und die Zukunft gewinnen, nicht den Krieg« hat das Kölner Friedensforum am 1. September zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Anlass war der Weltfriedenstag. Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen hat vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags zehn Thesen formuliert:**

**Eins.** Deutschland ist im Krieg. Im Niedergang und im Ausnahmezustand. Allein, es gibt kaum eine öffentliche Debatte über die dramatischen Umbrüche in unserem Land. Mit 85,5 Milliarden Euro nach NATO-Kriterien für das Militär hat die Bundesregierung für 2024 einen Haushalt aufgelegt, der alle historischen Dimensionen seit Bestehen der Bundesrepublik sprengt. Es sind die höchsten deutschen Militärausgaben seit 1945. Deutschland steigt damit zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa noch vor Russland auf.

**Zwei.** Wer glaubt, diese historisch hohen Militärausgaben werden keine Kürzungen im Sozialbereich nach sich ziehen, sollte besser auf den Haushaltsansatz der Bundesregierung für 2024 schauen, der in dieser Woche im Bundestag diskutiert wird. Hier ist das Prinzip »Sozialabbau und Aufrüstung sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille« augenfällig, wie etwa folgende Kürzungsposten zeigen. Müttergenesungswerk: minus 93 Prozent, Familienferienstätten: minus 93 Prozent, Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten: minus 77 Prozent, freie Jugendhilfe: minus 19 Prozent, Wohngeld: minus 16 Prozent, BAföG: minus 24 Prozent. Der Etatentwurf zeigt, wir haben es mit einem sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu tun.

**Drei.** Dieser soziale Krieg gegen die eigene Bevölkerung beinhaltet aber auch eine Politik, die die Infrastruktur in Deutschland weiter puttkürzt und Deutschland als Industrieland massiv gefährdet. Viele denken hier oft nur an die Bahn, was sicherlich stimmt. Aus Personalmangel müssen Bahnstrecken zeitweilig eingestellt werden, so grotesk ist die Lage mittler-

weile. Ein anderes, nicht minder gravierendes Beispiel sind die Krankenhäuser. Die wirtschaftliche Situation der Kliniken ist dramatisch. Es droht ein Kahlschlag bei der Gesundheitsversorgung und die Schließung vieler weiterer Krankenhäuser, ohne dass hier von der Bundesregierung gegengesteuert wird. Am Ende wird ein völlig kaputtes Gesundheitssystem stehen, das britischen Verhältnissen gleicht. Ende Juli 2023 standen im Vereinigten Königreich 7,6 Millionen Menschen auf Wartelisten für eine Routineoperation, so viele wie noch nie seit 2007, dem Beginn der Aufzeichnungen dazu. 383.000 Menschen warteten seit über einem Jahr auf eine OP. Diese neoliberale Politik kalkuliert den Tod von Millionen Menschen ein, die sich keine Operation an einer Privatklinik im Ausland leisten können. Die Bundesregierung jedenfalls ist mit ihrem Wirtschaftskrieg verantwortlich für den beispiellosen Niedergang in Deutschland. Wer hier auch noch nach weiteren Verschärfungen der Sanktionen ruft oder wie Teile der Führung der Partei Die Linke lamentiert, dass diese nur »halbherzig umgesetzt« werden, sollte das Wort »Sozialstaat« nicht länger in den Mund nehmen.

**Vier.** Verbunden mit den Rüstungsanstrengungen der Bundesregierung ist eine beispiellose Beteiligung am Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Finanzminister Christian Lindner hat in Kiew fünf Milliarden Euro »Ertüchtigungshilfe«, sprich: Waffenhilfe, zugesagt. Jährlich, bis 2027. Das findet sich auch im Haushaltsansatz für 2024 wieder. Während die Kindergrundversicherung mit 2,4 Milliarden Euro viele Kinder arm zurücklassen wird, geht bei Rüstung alles. Die Aufrüstungshilfe für die Ukraine wird zum ständigen Posten. Die Bundesregierung macht Deutschland damit zu einem Militärstaat in der Mitte Europas. Ein Fünftel aller Ausgaben der Ampel, fast 20 Prozent, fließen in militärische Zwecke. Eine ungeheuerliche Dimension.

**Fünf.** Deutschland ist nach den USA und Großbritannien der Staat, der sich am stärksten am Stellvertreterkrieg gegen Russland beteiligt. Hier wird der Ruf nach Lieferung immer weiterer und immer schwererer Waffen bestän-

## DEM FRIEDEN DIE FREIHEIT



Blinde ukrainische Bettelmusikanten auf dem Markt in Kamenka bei Kiew gaben das Motiv für die machtvolle, majestätische Einleitung für Tschaikowskis Erstes Klavierkonzert, das in der DDR jeder Mensch konnte. Es war in jedem November der Beginn der internationalen Solidaritätskonzerte des Rundfunks für die Friedenskämpfer in aller Welt, von denen viele nicht die Fassadenfreiheit des „Werte-Westens“ genießen durften. Die aktive und vielfältige Solidarität war im Bewusstsein der DDR-Bürger tief verankert und es zeigte sich in vielen Fällen, dass der Friedenskampf nicht umsonst war und tatsächlich Aktivisten des Friedens freigeekämpft werden konnten.

In vieler Hinsicht sind die Formen des Friedenkampfes heute anders, ja komplizierter geworden.

Diesen stellt sich der Deutsche Friedensrat e.V. auch aus der besonderen Verantwortung, die Deutschland seit 1945 zu tragen hat. Jüngstes und beachtetes Beispiel ist der internationale Kongress, der am 28. und 29. September – in Berlin abgehalten wurde.

Die Staatenlenker müssen zu Friedensverhandlungen und zur Einhaltung des Völkerrechts öffentlich gezwungen werden.

Der Kongress hat einer großen Öffentlichkeit und den Regierungen gezeigt, dass die unübersehbare Mehrheit der Bevölkerung gegen Krieg und Kriegsverlängerung ist.

Für diesen repräsentativen Kongress, aber auch für die tägliche Friedensarbeit im Kleinen stellt der Deutsche Friedensrat e.V. seine bescheidenen Mittel den 100 Milliarden „Sondervermögen“ für Aufrüstung und Krieg entgegen.

Deshalb braucht er unsere Unterstützung, er braucht „die Kraft der Schwachen“, um Widerstand zu zeigen.

Er braucht uns im Monat der DDR-begründeten Solidarität, um die Bettelmusikanten aus ihrer Dunkelheit herauszuführen.

**Eine persönliche Entscheidung für die  
Freiheit des Friedens.**

**Hilfe für den**

**Deutschen Friedensrat e.V.**

**IBAN DE75 1007 0848 0629 0779 00**

dig lauter, was auch führende Köpfe der Partei Die Linke betrifft. Angefangen hat es mit ein paar Helmen, nach dem »Leopard«-Kampfpanzer geht es mittlerweile bereits um »Taurus«-Marschflugkörper – Mittelstreckenwaffen, die Städte in Russland treffen können und atomar bestückbar sind. Offenbar in der Hoffnung, dass der Spagat gelingt, sich über Waffenlieferungen, militärische Ausbildung ukrainischer Soldaten und geheimdienstliches Zuarbeiten bei der Zielerfassung am Krieg beteiligen zu können, ohne direkt dafür Konsequenzen erfahren zu müssen. Das könnte sich als trügerisch erweisen.

**Sechs.** Deutschland ist aber nicht allein wegen der gigantischen Rüstungsausgaben im Ausnahmezustand, sondern auch wegen der Sanktionen gegen Russland und ihrer Folgen. Die Bundesregierung hatte den Wirtschaftskrieg gemeinsam mit der EU den USA folgend vom Zaun gebrochen, in der Hoffnung, so Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock, Russland zu ruinieren. Wie so oft im Leben kam es anders, als man dachte. Man könnte mit Blick auf die Bundesregierung auch sagen: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Zur Überraschung der Außenministerin ist es Deutschland, das einen wirtschaftlichen Einbruch erleidet, und nicht Russland. Während die russische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,5 Prozent wächst, weil man andere Absatzmärkte für seine Energielieferungen gefunden hat bzw. soviel LNG-Gas nach Europa liefert wie nie zuvor, galoppieren in Deutschland die Preise für Energie und Lebensmittel. Die Bundesregierung hat zwar Ersatz für das russische Gas gefunden, aber die Preise für das US-amerikanische Frackinggas sind deutlich höher und stellen die Existenz der deutschen Industrie insgesamt in Frage. Jetzt wird überlegt, den Industriestrom für große Konzerne in den energieintensiven Branchen dauerhaft aus Steuermitteln zu subventionieren. Aber ist das wirklich ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept, wenn bei mittelständischen Bäckereien der Ofen kalt bleibt?

**Sieben.** Im Zuge des Krieges ist die demokratische Souveränität Deutschlands unter die Räder gekommen. Die Ampelkoalition hat sich beim Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg in der Regel als Transmissionsriemen der Entscheidungen Washingtons verstanden – bis dahin, dass sich die Bundesregierung von den USA bei den Panzerlieferungen sogar in die erste Reihe schieben ließ. Damit spitzt sich eine Entwicklung zu, in der die Bundesrepublik zum einen als US-Truppenstützpunkt wie ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA agiert und in der US-Investmentfonds in der deutschen Wirtschaft eine bestimmende Funktion einnehmen konn-

ten. Die Bundesregierung agiert hier wie die politische Vertretung einer Kompradorenbourgeoisie im Lateinamerika der 1970er Jahre, als Erfüllungsgehilfe der Interessen von US-Konzernen. Das geht so weit, dass die Ampel dabei ist, die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zu China aufs Spiel zu setzen – auf die Gefahr hin, der deutschen Automobilindustrie, in der über 800.000 Beschäftigte arbeiten, den Todesstoß zu versetzen.

**Acht.** Die Bundesregierung hat das weltpolitische Schicksal Deutschlands auf Gedeih und Verderb an den absteigenden Hegemon USA geknüpft. Problem dabei: Um den eigenen drohenden Abstieg zu verhindern, ist der Hegemon bereit, auch engste Verbündete unter den Bus zu werfen, wie man im Englischen sagt. Es sei hier nur an die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines erinnert. Bei allen Bemühungen auch deutscher Leitmedien, eine Gegenerzählung zu entwickeln, die auf unbekannte Ukrainer als Täter verweist, stehen weiterhin die Recherchen des US-Investigativreporters Seymour Hersh im Raum, die auf eine unmittelbare Inauftraggabe von US-Präsident Joe Biden verweisen – mit einer nachträglichen Einweihung von Bundeskanzler Olaf Scholz in den Terrorplot. Die Bundesregierung jedenfalls scheint große Angst vor möglichen Enthüllungen zu haben, die in Richtung Washington weisen könnten. Anders ist es nicht zu erklären, dass lediglich eine Handvoll Ermittler in Deutschland mit der Aufklärung des größten Terroranschlags in der jüngeren Geschichte Europas befasst sind. Wer weniger Ermittler mit der Aufklärung der Terroranschläge auf die Energieinfrastruktur Deutschlands und Europas beauftragt, als mit der Ahndung eines Kaufhausdiebstahls befasst sind, der kann kein wirkliches Erkenntnisinteresse haben. Hier scheinen »Ermittlungen« lediglich geführt zu werden, um die wirklichen Täter und ihre Hintermänner nie benennen zu müssen. Der Krieg in der Ukraine zeigt: Wer heute im Westen seine demokratische Souveränität verteidigen will, kann das allein mittels bedingungsloser Neutralität tun. Denn auch die NATO, der sich die Kommission und der Rat der EU dienstbar machen, dient nur als Transmissionsriemen geopolitischer Interessen von US-Konzernen. Nur wenn wir sagen: »Kein Krieg ist unser Krieg, auch dieser nicht«, schaffen wir den diplomatischen Spielraum, auf Verhandlungen zu drängen und Deutschland als Kriegspartei herauszunehmen.

**Neun.** Der französische Sozialist Jean Jaurès wies darauf hin, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Zugleich muss man konstatieren, dass auch dieser Krieg verbunden ist mit einem brutalen Klassenkampf in Deutschland, wobei die oben

gewinnen und die unten verlieren. Dazu nur zwei Zahlen: Während die Beschäftigten in Deutschland vier Prozent an Reallohnverlusten zu erleiden haben – die höchsten Verluste seit Ende des Zweiten Weltkriegs –, explodieren mit 170 Milliarden Euro die Gewinne der Dax-Konzerne. Dieser Krieg als Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg bewirkt eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, bei der die Bundesregierung Schmiere steht. Nicht einmal eine wirkliche Übergewinnsteuer hat sich die Ampel abringen können. Sie trägt Schuld für die Verelendung großer Teile der Bevölkerung in Deutschland.

**Zehn.** Angesichts des Niedergangs in Deutschland und einer drohenden direkten Kriegsbeteiligung ist es höchste Zeit, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Es braucht klare Kante gegen Waffenexporte und Wirtschaftskrieg, gegen die asoziale Ausplünderung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unbeeindruckt vom lauten Chor der Bellizisten gilt es, auf einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine ohne Vorbedingungen zu drängen. Die Friedensinitiative der BRICS-Staaten, die bald 47 Prozent der Weltbevölkerung und 37 Prozent der Weltwirtschaftsleistung repräsentieren, könnte hier Vorbild sein. Noch ist Zeit. Aber die Zeit läuft auch gegen Berlin.

Zitiert nach jW v. 5. September 2023, S. 3  
Mit freundlicher Genehmigung der Autorin

\*

## Aus der Arbeit des Vorstandes

**Der Vorstand beschloss,  
Wolfgang Schmidt und  
Bernd Mitzlaff**

(scheidender TIG-Vors. Templin)  
die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen  
Als neues Beiratsmitglied für das Land Brandenburg wurde Bodo Weser ernannt.

\*

Der Vorstand befasste sich mit der Stabilisierung und personellen Stärkung der TIG bis in die Vorstände.  
Er nahm den Bericht der Landesbeauftragten entgegen.

\*

Zu Fragen der Friedensarbeit berichtete Joachim Bonatz über das Grenztreffen und über die Ausführungen von Sebald Daum.

\*

Der Vorstand wurde auf seiner Beratung am 20.9.2023 über ein Projekt zu einem Denkmal anlässlich des 300. Geburtstages von Immanuel Kant informiert, das in dessen Geburtsstadt errichtet werden soll. Er gab seine Zustimmung für die Unterstützung.

\*

## Geschwindigkeit ist keine Hexerei

Hartwig Müller, TIG Köpenick

Erinnerung an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages

Nach unserer Vertreterkonferenz hatte ich in **ISOR aktuell** 09-2023 einige Gedanken zur weiteren Arbeit geäußert und meine Petition zur Änderung der Anlagen 5 und 6 zum AAÜG mit dem Verweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 28.04.1999 an den Deutschen Bundestag gerichtet. Im

Kernpunkt geht es um die Anhebung der rentenrechtlichen Ansprüche von bisher 1,0 auf 1,47 Entgeltpunkte pro Jahr. Meine Petition mit allen Begründungen ist in **ISOR aktuell** 09-2022 veröffentlicht. Außer der Eingangsbestätigung und einer inhaltlichen Zwischennachricht gab es vom Petitionsausschuss keine Entscheidung in der Sache.

Deshalb habe ich die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages mit meinem Brief vom 14.08.2023 an die Erledigung meines Anliegens erinnert.

\*

## Zwischenruf

Ich kenne keine Regierung, die nicht darauf bedacht wäre, den Regierten zu erklären, wie gut es sie hätten und wie schwierig das Geschäft des Regierens wäre.

Niemand hat die Regierenden in ihren Beruf hineingedrängt, aber alle möchten nachher für Leute gelten, die sich aufopfern, möchten, dass ihr Beruf als der wichtigste der Welt gelte.

(Erwin Strittmatter, *DER WUNDERTÄTER*, Dritter Band)

Einige der folgenden Beiträge wurden aus Platzgründen von der vorigen Ausgabe in diese übertragen



Soll Thälmann in Zschopau wieder fallen? Wie alljährlich legten die Zschopauer Freunde der IG Erinnerungskultur an Thälmanns Denkmal in der Gartenstraße der einstigen Motorrad-



stadt zum Gedenktage seiner Ermordung, am 18. 8. 1944 im KZ Buchenwald, Blumen nieder. Leider ist vom einstigen Denkmal nur eine Art Torso übrig. Nach mehrmaligem Vandalismus hat die Stadt als Eigentümerin des Denkmals dessen prägenden Schriftzug „Thälmann ist niemals gefallen!“ entfernen lassen. Alle Bemühungen der Thälmannfreunde um die Restaurierung des Mahnmals bei der Stadt, der Unteren- und Oberen Denkmal Behörde blieben erfolglos. Vielleicht bleibt nun nur ein Gang zum Verwaltungsgericht, um die gesetzlich vorgeschriebene Erhaltung dieses eingetragenen Denkmals zu erzwingen. Thälmann darf niemals fallen, auch in Zschopau nicht. Er ist ein Teil unserer Geschichte.

\*

### Erinnern, erinnern!

Am 10.9.2023 erinnerten wir Bernauer am OdF-Denkmal am Bahnhof der Stadt, im Kreise Gleichgesinnter, der Opfer des Faschismus:

- des von Faschisten am 5.März 1930 angeschossenen und einen Tag später verstorbenen Röntgentaler Arbeiters Albert Kubow,

- der Bernauer „Moorsoldaten“ Alfred Toups und Wilhelm Gärtner,
- der im Frühjahr 1933 hingerichteten Wehrmachtsangehörigen des Wehrmachtgefangenenlagers Bernau bei Berlin und
- des von 1932 bis 1945 inhaftierten Hamburgers Wilhelm Mecklenburg, welcher am 23. April 1932 aus dem KZ Sachsenhausen befreit, doch am 8. Mai 1945 im Bernauer Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Seine schlichte Grabstätte mit einer Grabplatte befindet sich auf dem Neuen Friedhof in Bernau bei Berlin. Wilhelm Mecklenburg gehörte 1932 zum Rotfrontkämpferbund in Hamburg und hatte sicher unmittelbaren Kontakt zu Ernst Thälmann.

Aufgezeigt wurde, dass Faschismus nicht aus dem Nichts entsteht, dass dieser des Willens und Wirkens so vieler bedarf. Mit dem Feigenblatt der Legalität versehen. Rechtsens wurde menschliches Handeln was dem Machterhalt diene.

Letztlich richtete sich dieser faschistische Terror gegen alle, die den Weg des Unterganges nicht mit gehen wollten, auch gegen solche, die diesem System zum Leben verhalfen.

Wie weiß waren die Westen der Überlebenden? So viele von damals waren für sie Gegner und ihre Nachfahren heute bedienen sich ähnlicher Denkmuster.

Der Genosse Kafke von der „Roten Hilfe“, sagte am 12. März 1930 am Grab von Albert Kubow: „Der Golgatha-Weg des deutschen Proletariats ist noch nicht zu Ende. Er wird erst zu Ende sein, wenn wir das kapitalistische System, in dem die faschistischen Mörderbanden gedeihen können, zertrümmert haben.“

(Quelle: Rote Fahne, 13.3.1930)



Auch an diesem Gedenktage wehte, in Erinnerung, die Fahne des DDR-Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, Kreiskomitee Bernau über den Häuptern der leicht überschaubaren Anzahl Versammler.

Klaus-Dieter Jäschke, TIG Barnim

\*

## Die TIG Lichtenberg 2 bietet zwei Theaterveranstaltungen an:

Am 26.10.2023 und 16.11.2023  
jeweils um 16.Uhr

Am 26.10.23, 16 Uhr eine Sonderveranstaltung

### „Helga Hahnemann“

Engeladen sind alle Isormitglieder,  
Verwandte und Freunde.

Preis pro Person 10 Euro

Ort: Köpenick Wendenschlossstr. 103-105  
Verkehrsverbindung Müggelheimer Str.  
Wendenschlossstr. Tram 27, 62, 67, Bus 165.

### Kartenbestellung bei

Rolf Schmidt 0157 3519 1961.

Die Kartenübergabe erfolgt 1 Stunde vor  
Beginn. 15 Uhr.

Am 16.11., 16 Uhr wird gezeigt

### „Das Schlitzohr von Köpenick.“

Ein Volksstück dem Gaunerstreich des Wilhelm Voigt gewidmet. Gleicher Ort, gleicher Preis.

Rolf Schmidt

\*

Aus dem Vortrag von Generalmajor a.D. Sebald Daum auf dem Grenztreffen am 16. September in Bestensee

## Gedanken zur aktuellen weltpolitischen Situation

Liebe Waffenbrüder,  
Liebe Genossen, Freunde und Gäste!

Wenn wir heute die weltpolitische Lage betrachten, so können wir konstatieren, dass sie in eine neue Phase von Veränderungen eingetreten ist. Das bisher dominierende System des Westens hat einen Riss bekommen. Das nach dem Zweiten Weltkrieg neu geschaffene System der UNO mit seiner Charta sollte dem Frieden dienen.

Im Ergebnis gab es nach 1945 mehr Kriege als je zuvor, mehr als 35, an denen die USA beteiligt, gebombt oder sie organisiert haben. Dieses System wurde mit der Zeit ein ungerechtes System für die meisten Völker der Erde, das dem Gedanken des Wolfsgesetzes folgte, welches Martin Luther so erklärte: „Wer unter den Wölfen lebt, muss auch mit ihnen heulen“

Aber das wollen nun immer mehr Völker nicht mehr, sie wollen selbstbestimmt nach ihren Vorstellungen in einer anderen Vision der Welt leben. Eine Reihe von Ereignissen in der letzten Zeit bestätigen diese Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung, wie z.B. die Tagung der BRICS-Staaten vom 22. bis 24. August in Johannesburg, die Beratungen Russland – Afrika in St. Petersburg im Juli 2023 und weitere Aktivitäten vieler Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas. Deshalb muss man bei der Beurteilung der Entwicklung in der Welt, der politischen Lage heute, immer die Frage stellen: Wer sind die Akteure, was wollen sie, welche Interessen haben sie und welche Aktivitäten entstehen daraus. So muss man die Frage stellen, warum wurde nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus 1945 durch die Antihitlerkoalition schon 1949 in Europa durch einen dieser Partner, den USA, ein neues politisches und militärisches System, die NATO gegründet? Das hatte der damalige Erste Generalsekretär der NATO Lord Ismay, der britische General, 1950 einem Journalisten klar, einfach und verständlich erklärt: „Ziel der NATO ist, die Amerikaner drinnen (in Europa), die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten und das tun sie ja heute erstmalig konsequent.“

Die Gründe dafür liegen in der Politik der USA, die 2015 ein Georg Friedmann, ein amerikanischer Politiker und ein Mann der im Sinne eines Zbigniew Brzezinski, dem Berater mehrerer amerikanischer Präsidenten, 2015 in einem offenen Vortrag, eindeutig und verständlich für jedermann die Ziele Amerikas darlegte: „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik des letzten Jahrhunderts... waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, - weil vereint, sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann... und das darf nicht geschehen. - der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen „Cordon Sanitaire“ um Russland herumziehen.“

Die Frage ist jetzt für Russland, soll die Ukraine als Pufferzone zwischen sich und dem Westen, also neutral, oder - wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass er nur noch 100 km von Stalingrad und 500 km von Moskau entfernt ist?

Und er beantwortet dies auch gleich.

Für die USA gilt, wenn Russland weiter an der Ukraine hängt, werden wir sie stoppen - Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den baltischen Staaten, dem Territorium zwischen Schwarzem Meer und Ostsee... Das ist die bevorzugte Lösung für die USA“.

Und weiter führte er aus, dass Amerika natürlich nicht überall das allein tun kann, dazu reichen die Kräfte nicht aus. (Auch wenn es über 700 militärische Stützpunkte in der Welt hat). „Dazu braucht es, wie bereits unter Cäsar, „Römische Könige“, die unsere Interessen dort vertreten“.

Das ist die Strategie der USA seit langem- „mit fremden Händen“ sozusagen die Kastanien für die USA aus dem Feuer holen. Diese Politik wurde nach 1991 konsequent fortgesetzt. Hier waren doch nach dem Zerstören der Sowjetunion beste Voraussetzungen gegeben, die NATO abzuschaffen. Der Feind war weg, denn die russischen Truppen waren 1994 aus Deutschland abgezogen. Aber die Amis waren in Deutschland und Europa geblieben.

Also das Ziel der NATO war somit erreicht und Russland unter Jelzin, ergab sich den Amerikanern. Sie bestimmten schon eindeutig die Politik in Russland, das nun wirklich nur noch eine Regionalmacht mit Kernwaffen war.

Und es wurde weiter an dieser Politik festgehalten, wenn man sich die Osterweiterung der NATO ab 1999, trotz aller Proteste der Russen und die Veränderungen in unzähligen Staaten mit Umstürzen, Blumenrevolutionen, Wahlfälschungen und bewaffneten Aufständen ansieht.

Und dann kam 2000 Putin und machte eine Politik, die den Amerikanern nun nicht mehr gefiel. Noch hat man ihm 2001 im Bundestag zugejubelt, aber bereits 2007 auf der Sicherheitskonferenz in München machte er dem staunenden Westen klar, dass er solch eine Politik der Fremdbestimmung nicht mehr duldet und selbstbestimmt die Interessen Russlands konsequent vertreten wird.

Das Hauptaugenmerk der USA lag nun verstärkt, wie Friedmann es dargelegt hatte, auf der Ukraine. Daraus resultierte dann die Aufrüstung der Ukraine gegen Russland. Da spielten Verträge, wie die Minsker Abkommen keine Rolle, sie dienten dem Ziel der Aufrüstung, wie wir es ja aus berufenem Munde durch die frühere Kanzlerin Frau Merkel und ihren Kollegen Hollande, die ja diese Dokumente selbst mitunterschieden hatten, nun erfahren haben. Aber das war schon immer so, dass man die Verträge im Westen nur brauchte, solange sie ihrer „regelbasierten Ordnung“ dienen.

Und Russland wurde über den Tisch gezogen und betrogen, zum wiederholten Male. Man muss auch hier nochmal daran erinnern und das sagen heute auch viele real denkende Politiker und Militärs des Westens, (wie z.B. Prof. Peter Brandt, Hajo Funke, Horst Teltschik General Harald Kujat, Oberst Douglas MacGregor, Willi Wimmer, u.a.), dass das, was am 24. Februar 2022 begann, verhindert hätte werden können, wenn man von westlicher Seite dazu bereit gewesen wäre. Aber heute das zu sagen ist leider zu spät.

2014 und 2021 wäre es notwendig gewesen, als die Vorschläge Russlands vorlagen. Sie wurden nicht einmal beachtet. Wem soll da Russland noch vertrauen? Im Gegenteil, durch die verstärkte Ausrüstung der Ukraine wurden doch die Bedingungen geschaffen für den Krieg, der ja nicht erst am 24. Februar 2022 begann, sondern schon seit 2014 als Bürgerkrieg der Ukraine gegen das eigene Volk geführt wird. Dieser Krieg ist vor allem ein Stellvertreterkrieg von USA und NATO gegen Russland mit dem Ziel, das heutige kapitalistische Russland, zu „zerstören“, wie ja Frau Baerbock es klar ausdrückte, um den stärksten Konkurrenten in Europa auszuschalten.

Dem gleichen Ziel dient auch die gefährliche Politik der USA gegen China, um auch dieses Land und den Sozialismus auszuschalten. Hier muss man verstehen, dass erst mit dem Erstarken Chinas als Weltmacht, dieses in den Fokus der USA rückte und zur 2. Feindesmacht wurde. Jetzt versuchen die USA, Taiwan, ebenso wie sie es mit der Ukraine gegen Rus-

### Sebald Daum

Jahrgang 1934

Diplom Militärwissenschaftler  
Generalstabsakademie in der UdSSR,  
zuletzt Chef eines Militärbezirks und  
Chef für Ausbildung der NVA  
Mitautor der Publikation  
„Soldaten für den Frieden“

land getan haben, gegen China aufzurüsten und in Stellung zu bringen. Gleichzeitig wird versucht, bei öffentlicher Anerkennung des Ein-Staaten-Prinzips, zwischen China und seinen Partnern vor allem Russland einen Keil zu treiben, um sie voneinander zu trennen und mit Sanktionen, einem ökonomischen- und Finanzkrieg gegen China auch dieses Land niederzuringen. Auch wenn heute klar erkennbar ist, dass diese nun schon elf Sanktionspakete gegen Russland nicht in dem erwünschten Maße Russland geschadet haben.

Das hat sich beim NATO-Gipfel im Juni 2023 in Vilnius wiederum gezeigt, wo man zum wiederholten Male die Einigkeit der NATO bekräftigte und sich verstärkt für diesen feindlichen Weg gegen China entschieden hat.

Und gerade gegen diese Politik des Westens stellen sich heute neben Russland und China viele Staaten Asiens, Afrika und Lateinamerikas, die dieser unipolaren Politik des Westens nicht mehr Folge leisten. Die Weltlage heute hat sich verändert. Sie wird heute von einer Gruppe von Staaten mitbestimmt, die sich gegen diese regelbasierte unipolare Ordnung richtet. Sie streben eine andere, eine multipolare Welt an, in der die Völker friedlich und gleichberechtigt miteinander, leben wollen. Das sind besonders die BRICS-Staaten, 2009 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründet und dann ab 2010 mit Südafrika als die Gründerstaaten zählen, denen sich mittlerweile mehr als 40 weitere Staaten anschließen wollen. Auf der Tagung im August 2023 erhielten sechs neue Staaten die Einladung zur Aufnahme als Mitglied ab 2024. Mit ihrer Absicht, sich auch vom Dollar zu lösen und eine eigene Währung zu schaffen, die Bank dafür ist ja bereits vorhanden, würde die Vorherrschaft des Dollars als Weltwährung und das Finanzdiktat der USA gebrochen, auch wenn dies schwierig sein wird. Immerhin werden heute noch mehr als 85 Prozent der Finanzaktionen in Dollar abgewickelt aber in den BRICS-Staaten liegt diese schon unter 70 Prozent. Diese Veränderungen in der Politik und vor allem gegen das Finanzdiktat der USA, streben weitere Staaten in Asien, Afrika und Südamerika an. Diese Veränderungen waren auch auf dem 2. Russland-Afrika Forum im Juli in St. Petersburg erkennbar.

Dabei kam besonders die beispiellose Hilfe der damaligen Sowjetunion für die afrikanischen Länder immer wieder zur Sprache.

Andererseits brachten sie aber auch ihren Friedenswillen zum Ausdruck und baten Russland darüber nachzudenken, denn der Krieg in der Ukraine schadet am Ende auch ihrer Entwicklung.

Auch die 11. Moskauer Sicherheitskonferenz im August dieses Jahres, an der Politiker und besonders Militärs von 76 Länder teilnahmen, bestätigte diese Veränderungen in der Welt. Von der antirussischen und antichinesischen Politik des Westens lösen sich immer mehr Staaten, vor allem in Afrika und Südamerika.

Die Einladung von Saudi-Arabien in die saudische Stadt Dschidda im August zu einer Konferenz zur Friedensregelung der Ukraine an 40 Staaten, an der neben den USA und NATO-Staaten auch China und wichtige „Länder des globalen Südens“, teilnahmen, war nicht von westlichen Wünschen geprägt. Auch der kürzlich beendete Gipfel der G-20 Staaten in Indien zeigte eindeutig, dass in der Welt heute anders gedacht wird.

Amerika und seine Verbündeten müssen lernen auch zuzuhören, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht.

Die Ereignisse in der Sahelzone, bisher besonders unter dem Diktat Frankreichs und Amerikas, bestätigen ebenfalls diese Veränderungen. Mit dem Sturz der Amerika- und Frankreichtreuen Regierung in Niger will man sich nicht mehr der Ausbeutung Frankreichs und der USA unterwerfen. Auch Drohungen hat man sich widersetzt.

Auch das Gipfeltreffen der EU mit 33 Lateinamerikanischen Staaten der Vereinigung „SELAC“ im Juli in Brüssel zeigte die Veränderungen in der Welt. Diese Staaten waren nicht bereit, Russland zu verurteilen und die EU musste sich schon zu einigen Zugeständnissen herablassen. Auch wenn nicht alles ohne Widersprüche abläuft. Es stehen also heute Fragen der Weltpolitik im Mittelpunkt, die uns zeigen, dass vieles sich

verändert hat und anders läuft, als es sich die westliche Welt immer noch vorstellt und vor allem glaubt es auch durchsetzen zu können. Allerdings müssen wir auch feststellen, dass wir nicht wie früher von zwei Weltlagern, oder einer Blockbildung sprechen können, das ist heute schwieriger zu definieren, denn die Verhältnisse, die Bedingungen und die Interessen dieser verschiedenen Zusammenschlüsse von Staaten sind unterschiedlich.

Das sieht man z.B. in den BRICS-Staaten. Man darf nicht vergessen, dass in diesen Staaten die „Muttermale der alten Gesellschaft“ und der Druck der westlichen Welt noch immer wirken. Noch sind Südafrika und Brasilien nicht absolut unabhängig, können nicht in allen Fragen ohne äußeren Zwang entscheiden.

Andererseits stellen sich diese Staaten klar gegen die Sanktionspolitik des Westens gegen Russland und China, festigen immer enger die Beziehungen zu ihnen und fördern den Aufbau einer multipolaren Welt. Diese Veränderungen sind Tatsachen und diese wollen natürlich die USA und die von ihr geführten Staaten unter keinen Umständen anerkennen. Sie sind die Hauptakteure die an ihrer Politik des Weltgendarms, der Ungerechtigkeit auf Teufel komm raus, an ihrer regelbasierten Ordnung, weiter festhalten.

Den Weg Deutschlands mit seiner Autarkie von russischem Gas, Öl, dem Handel mit Russland und China und seiner nun viel gefährlicheren Abhängigkeit von den USA, wollen die Völker der multipolaren Welt nicht gehen. Die Betteltouren, die Deutschlands Politiker nun in der Welt veranstalten, um ihre Wirtschaft zu retten, sind der Beweis einer falschen Politik und das registriert man sehr wohl in der Welt.

Und warum muss sich Deutschland, müssen viele europäischen Staaten ohne Grund sich dieser neuen „Zeitenwende“ amerikanischer Herrschaftspolitik unterwerfen, die hoch gefährlich für den Frieden ist?

Jeder Staat, jedes Volk hat doch seine Interessen und der größere Teil dieser Völker ist heute an einer friedlicheren Welt interessiert. Sie wollen, dass man das untereinander auch respektiert und gegenseitig beachtet. Niemand hat das Recht, seine Interessen über andere zu stellen. Dieser Gesichtspunkt setzt sich immer mehr durch. Diese Entwicklung wird immer mehr die Entwicklung der Zukunft bestimmen. Immer mehr werden die Vorstellungen Chinas und Russland, Indiens, Afrikas und Brasiliens von einer internationalen multipolaren Ordnung mit einer gerechteren Welt als der jetzigen, eine zentrale Rolle in der weiteren Weltpolitik spielen, der sich immer mehr Staaten anschließen werden.

Das Ziel dieser Politik heute ist also eine multipolare Welt verschiedener Gesellschaftsformen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, bei gegenseitiger Achtung, Gleichberechtigung, unter Beachtung gegenseitiger Interessen.

Es kann unter diesen konkreten Bedingungen folglich nicht gleich der Weg zu einer sozialistischen Welt sein, aber sie wird kommen. Hier halte ich es mit Stefan Heim, der sagte: „Ich kenne keine bessere Gesellschaftsformation als den Sozialismus und es hat mir auch noch keiner eine bessere sagen können. Ich werde sie nicht mehr erleben, aber die Vorfreude darauf lass ich mir nicht nehmen“.

*(Redaktionell bearbeitet)*

Richtig guter  
Lesestoff!



Jetzt  
bestellen!

**75 Ausgaben  
für 75 Euro\***

\* Aktionsabo endet automatisch,  
muss nicht abbestellt werden.

## Denkmal

Im November 1943 befreiten Soldaten aus der gesamten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die ukrainische Hauptstadt Kiew, die „Mutter der russischen Städte“ am Ufer des Dnepr, von den faschistischen deutschen Okkupanten.

Daran erinnert seit 1981 das Monument der „Mutter Heimat“, eine 72 Meter hohe Stahlfigur mit einem 16 Meter langen Degen und einem sechs Meter großen Schild hoch über dem Ufer des Flusses. Der Schild mit dem Wappen der UdSSR wurde jetzt durch den Dreizack der Ukraine ersetzt. Die Soldaten der Union sollen nochmal sterben und die Erinnerung an sie gelöscht werden.



## Das ist der einfache Frieden

Herbstveranstaltung des Freundeskreises  
Kultur- und Bildungsreisen im OKV

Unter diesem Motto lädt der Freundeskreis zu seiner Herbstveranstaltung am **Donnerstag, dem 16.11.2023 von 10 bis ca. 12 Uhr** in den Münzenbergsaal im Bürogebäude am **Franz-Mehring-Platz 1** in Berlin ein.

Laura von Wimmersperg, Friedensaktivistin und Trägerin des Menschenrechtspreises der GBM, spricht zum **Thema „Frieden, auch in den 2020er Jahren ein beschwerlich Ding“**.

Dr. Carola Weiß wird das Reiseprogramm für 2024 vorstellen und der Ernst-Busch-Chor erfreut die Teilnehmer mit seinem Programm.

Der Kostenbeitrag von 8 Euro pro Person wird am Veranstaltungstag erhoben.

Anmeldungen sind bei der Leiterin des Freundeskreises, Dr. Carola Weiß, möglich.

Tel.: 0173-6102512,

E-Mail: gbm.dr.weiss@gmail.com

Der Freundeskreis dankt herzlich für das rege Interesse an der Fahrt zum Hoffest von Tino Eisbrenner am 9. September. Durch die Veröffentlichung in **ISOR aktuell** konnten viele Teilnehmer gewonnen werden.

# Nepper, Schlepper, Rentenfänger

Die Deutsche Rentenversicherung warnt in ihren Mitteilungen vom 21. September vor aktuellen Betrugsmaschen gegen Rentner:

## Die Deutsche Rentenversicherung versendet keine SMS an ihre Kunden

Immer wieder versuchen Betrüger auf vielfältige Art und Weise den guten Namen der Deutschen Rentenversicherung auszunutzen und damit Menschen um ihr Geld zu bringen oder an sensible Daten zu kommen. Getarnt als vermeintliche Mitarbeiter bauen sie den Kontakt zum Opfer dabei per Telefon oder Brief auf und versuchen an Geld oder sensible Daten zu gelangen. Häufig sind die Opfer ältere Menschen, die bereits eine Rente beziehen.

In der letzten Woche hat beispielsweise eine Rentenbezieherin eine SMS von einer ihr unbekanntem Nummer erhalten. In dieser wurde sie dazu aufgefordert, sich über einen Link zu verifizieren, um eine Rückerstattung von der Rentenversicherung zu erhalten. In der Verlinkung war das Wort „Rentenantrag“ enthalten. Aus gegebenem Anlass soll deshalb darauf hingewiesen werden, dass die Mitarbeitenden der Deutschen Rentenversicherung nicht per SMS mit den Kunden in Kontakt treten. Niemand sollte aufgrund

von fingierten SMS seine persönlichen Daten wie z.B. die Bankverbindung preisgeben oder eine Überweisung ins In- oder Ausland tätigen. In Zweifelsfällen können sich Versicherte und Rentner an die kostenlose Servicenummer 0800 1000 4800 der Deutschen Rentenversicherung wenden.

\*

**Code freirubbeln und Zusatzrente gewinnen – das verspricht ein Schreiben der Burda Direct GmbH, das in vielen Briefkästen landet. Die Deutsche Rentenversicherung rät: *Seien Sie kritisch!***

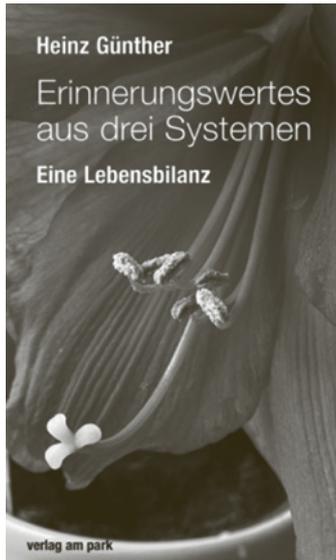
Die Burda Direct GmbH aus Offenburg verschickt im Rahmen des Gewinnspiels „Ihre Zusatzrentenversicherung“ Schreiben, die der jährlichen Renteninformation der gesetzlichen Rentenversicherung stark ähneln. In den Schreiben wird die Chance auf eine Zusatzrente in Höhe von 50.000 Euro in Aussicht

gestellt. Empfängerinnen und Empfänger werden aufgefordert, sich telefonisch registrieren zu lassen.

Diese Schreiben stammen weder von der Deutschen Rentenversicherung noch stehen sie in irgendeinem Zusammenhang mit ihr. Die Burda Direct GmbH ist ein privates Unternehmen, das sich eigenen Angaben zufolge unter anderem auf die Daten von Konsumenten spezialisiert hat. Ziel solcher Gewinnspiele ist es, persönliche Daten einzusammeln, um sie für Werbezwecke zu nutzen. Häufig wird der persönliche Kontakt am Telefon auch genutzt, um direkt Produkte und Abonnements zu verkaufen.

Die Deutsche Rentenversicherung rät allen, die nicht möchten, dass ihre persönlichen Daten für Werbezwecke genutzt werden, der Datennutzung aktiv zu widersprechen. Sonst könnten große Mengen von Werbe-Mails, weitere Post oder auch Anrufe die Folge sein.

\*



## Lesenswert

Heinz Günther

### Erinnerungswertes aus drei Systemen Eine Lebensbilanz

Verlag am Park

ISBN: 978-3-89793-368-2; 272 Seiten,

Preis 18 Euro

Vielen ISOR-Mitgliedern ist Heinz Günther durch seine Publikation „Überzeugung ist nicht käuflich“ (Das Leben des Aufklärers Dr. Jürgen Rogalla) bekannt. Jetzt hat Heinz Günther in einer autobiographischen Bilanz sein Lebenswerk in einem weiteren lesenswerten Buch veröffentlicht. 1930 auf einem Rittergut nahe Neubrandenburgs geboren, wurde er FDJ-Kader, dann Diplomat, schließlich Hochschullehrer und Jurist. Als die DDR endete, war er Oberst a. D. der Auslandsaufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Er lernte das Nazireich kennen, das sozialistische wie auch das kapitalistische Deutschland, drei Systeme also, in denen er so seine Beobachtungen machte. Inzwischen ist er über neunzig.

Lothar Schlüter

### Gedenkort für Immanuel Kant in Kaliningrad

Anlässlich des 300. Geburtstages von Immanuel Kant werden für den Monat April 2024 Veranstaltungen und Projekte in der Stadt Kaliningrad vorbereitet. Der Vorstand des Vereins „Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.“ hat dazu eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsabteilung der Internationalen gesellschaftlichen Stiftung „Russischer Friedensfonds“ und dem Verein beschlossen. Inhaltlich geht es um ein Projekt, nachdem mehrere Gedenkstelen in Kaliningrad aufgestellt werden, um Immanuel Kant als deutschen Philosophen der Aufklärung zu würdigen.

Für das Projekt ist eine Anschubfinanzierung von insgesamt umgerechnet ca. 10.000 Euro notwendig, damit das Architektenbüro dieses Projekt bis zu dessen Bestätigung begleiten kann.

Die ersten 5.000 Euro wurden durch Mitglieder des Vereines privat gesponsert bzw. bereitgestellt.

Für die restlichen 5.000€ suchte der Verein Unterstützer aus den Vereinen des OKV. Die Spende kann über das Konto des Vereines als auch privat in bar geleistet werden.

Das **Spendenkonto** ist gleich das Vereinskonto.

Es lautet: Skatbank/Berliner Freunde der Völker Russlands

**IBAN:** DE29 8306 5408 0005 2919 41

Verwendungszweck: Spende/Kant/  
Kaliningrad

Der Vorstand von ISOR e. V. wurde auf seiner Beratung am 20.9.2023 über dieses Projekt informiert und gab seine Zustimmung für die Unterstützung.

Lothar Schlüter

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.09.23

Einstellung im Internet: 06.10.23

Auslieferung: 12.10.23

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.10.23

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr

nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)